

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

1. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan

am Dienstag, dem 23.02.2021 um 17:00 Uhr
in der Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:
18:25

Vorsitz

Stv. Tobias Kaimer

CDU-Fraktion

AM Udo Greeff online
AM Martin Oberstraß online
Stv. Folke Schmelcher

SPD-Fraktion

AM Ulrich Klaus online
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam online
Stv. Meike Lukat
Stv. Nadine Lütz online

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker
Stv. Nicola Günther online

FDP-Fraktion

AM Reinhard Zipper

Schriftführung

StOI Daniel Jonke

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Verwaltung

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke
StOVR'in Doris Abel
StVD Michael Rennert
StBR Carsten Schlipkötter
StVR Rainer Skroblies

Der Vorsitzende Tobias Kaimer eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Stv. Lukat beantragt für die WLH-Fraktion, dass die Videokonferenz über welche die nicht anwesenden Ausschussmitglieder zugeschaltet sind, auch für den nichtöffentlichen Teil erhalten bleibt. Die Ausschussmitglieder seien verpflichtete sachkundige Bürger*innen oder Mitglieder des Rates der Stadt Haan und daher auch berechtigt, den nicht öffentlichen Beratungen beizuwohnen.

StVD Rennert erläutert, dass dies aus rechtlicher Sicht nicht empfehlenswert sei, da die Verwaltung nicht sicherstellen könne, dass unbefugte Dritte die nicht öffentlichen Beratungen mitbekämen. Sowohl das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG NRW) als auch der Städte- und Gemeindebund NRW hätten empfohlen, nicht öffentliche Fachausschuss- oder Ratssitzungen nicht per Videoschleife abzuhalten. Dieser Empfehlung schließe sich die Verwaltung an und plädiert daher dafür, die Videoschaltung zum nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu beenden.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** lässt daraufhin über den Antrag der WLH-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja / 10 Nein / 2 Enthaltungen

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Bestellung der Schriftführung Vorlage: 32-2/006/2021

Beschluss:

Als Schriftführer für die Sitzungen des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (FOA) der Stadt Haan wird Herr StOI Daniel Jonke bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**2./ Fertigstellung der integrierten kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie
Vorlage: WTK/004/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Haaner Nachhaltigkeitsstrategie. Er beauftragt die Stadtverwaltung gemeinsam mit Akteuren aus der Politik, Wirtschaft sowie Zivil- und Stadtgesellschaft (Steuerungsgruppe GNK Haan) mit der Umsetzung der Ausarbeitungen und Begleitung derselben.

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie wird mit einem Berichtswesen und Monitoring verbunden.

Die für den Prozess gegründete Organisationsstruktur (Koordination, Kernteam und Steuerungsgruppe) wird beibehalten und auf den weiteren Prozess (Umsetzung, Monitoring, Evaluation) ausgerichtet.

Die Haaner Nachhaltigkeitsstrategie wird fortgeschrieben (2. Umsetzungszeitraum: 2026 – 2030), um konstant an einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu arbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

./ Belange des Feuerschutzes

**3./ Ernennung der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Haan
Vorlage: 32-2/005/2021**

Beschlussvorschlag:

1. Herr Brandrat Carsten Schlipköter wird für die Dauer von sechs Jahren zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.
2. Herr Stadtbrandinspektor Mirko Braunheim wird für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.
3. Herr Brandoberinspektor Dr. Joachim Schultes wird für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

5./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

. / Ordnungsangelegenheiten

6. / Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die vorliegende Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.02.2021 wurde seitens der Verwaltung schriftlich beantwortet (*siehe Ratsinformationssystem*).

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

7. / Mitteilungen

Protokoll:

StVR Skroblies teilt mit, dass das Einwohnermeldeamt aufgrund einer Softwareumstellung vom 18.03.2021 bis zum 26.03.2021 geschlossen bleiben muss.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.

8. / Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021 **Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 32/19 von 0,6 auf 1,0** **Vorlage: 10/021/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des Stellenanteils von 0,6 auf 1,0 bei der Stelle 32/19 (EG 6) im Rechts- und Ordnungsamt mit Stellenplan 2021 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

9./ Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
Stelle der Amtsleitung des Ordnungsamtes, Stelle 32/1
Vorlage: 10/023/2021

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert die Vorlage.

Stv. Lukat erläutert, dass die WLH-Fraktion sich zwar für die Stelle der juristischen Sachbearbeitung ausspreche, jedoch gegen die derzeitige Organisationsstruktur sei. Sie verweist als Beispiel auf die damalige Stelle der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes. Hier habe sich die Verwaltung auch anders aufgestellt und arbeite hier nun eng mit dem Kreis Mettmann zusammen. Sie fragt daher an, ob es hier nicht eine Möglichkeit gebe, für die juristische Beratung eher auf eine interkommunale Zusammenarbeit als auf eine feste Stelle in der bestehenden Organisationsstruktur der Stadtverwaltung zu setzen.

Bgm'in Dr. Warnecke entgegnet, dass die Organisation der Verwaltung eine interne Angelegenheit der Verwaltung sei. Mit der bisherigen Organisationsstruktur habe die Verwaltung sehr gute Erfahrungen gemacht, weshalb sie dafür plädiere diese so zu belassen.

Stv. Lukat meldet für die WLH-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet darum, ausstehende Fragen in der Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) zu beantworten, so dass dort ein entsprechender Beschluss gefasst werden könne.

AM Elker verweist auf die Besoldung der Stelle nach der Besoldungsgruppe A15. Hier habe die GAL-Fraktion noch Bedenken.

Stv. Stracke erläutert, dass die Stelle ja nicht sofort mit A15 besoldet werden müsse. Hier könne für die Ausschreibung auch die Formulierung „bis A15“ gewählt werden.

StVD Rennert führt aus, dass die derzeitige Organisationsstruktur bereits bestand, als er die Stelle angetreten hatte. Diese Struktur habe sich, besonders mit dem Blick auf die juristische Beratung der Stadtverwaltung als auch der Politik stets bewährt. Sicherlich sei eine interkommunale Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann denkbar, er halte dies jedoch für schwierig, da die Reaktionszeit bis ein juristisch zu klärender Sachverhalt beantwortet werde, deutlich länger sei, da der Kreis auch für andere Städte zuständig sei. Auch könne es vorkommen, dass rechtliche Fragen in Sitzungen der Fachausschüsse oder des Rates nicht innerhalb der Sitzung geklärt werden könnten und daher Beschlüsse möglicherweise aufgeschoben werden müssten. Bezüglich der Besoldung nach A15 führt er aus, dass dies bei seinem damaligen Dienstantritt auch länger gedauert hätte und er nicht sofort nach A15 besoldet wurde. Ein*e Berufsanfänger*in benötige eine gewisse Zeit, bis diese*r entsprechend besoldet werde.

Stv. Lukat verweist auf eine Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt), nachher lediglich eine Stelle der juristischen Sachbearbeitung empfohlen wurde, jedoch kein Rechtsamt. Zudem sei die Stelle nur mit einer Person besetzt, weshalb es z.B. im Krankheitsfalle keine Auffangebene gebe. Dies könne durch interkommunale Zusammenarbeit kompensiert werden.

Stv. Kaimer greift den Vorschlag des Stv. Stracke auf und schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend anzupassen, dass es hier heißt „**bis** Besoldungsgruppe A15“. Aus Sicht der CDU-Fraktion könne hierüber auch bereits abgestimmt werden.

Stv. Lukat protestiert gegen eine Abstimmung, da die WLH-Fraktion hierzu Beratungsbedarf angemeldet hatte.

Stv. Kaimer gibt dem Beratungsbedarf statt, verweist jedoch darauf, dass die Organisationsstruktur gem. dem Vorschlag der Verwaltung sowie eine Ausschreibung der Stelle bis zur Besoldungsgruppe A15 seitens der CDU-, SPD-, GAL- und FDP-Fraktion Zustimmung bekomme.

Beschluss:

Die WLH-Fraktion hat Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10./ Haushaltsplanberatungen 2021; Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten
Vorlage: 20/002/2021

Protokoll:

Hinweis der Verwaltung:

Die einzelnen Veränderungsanträge können in der Vorlage [20/002/2021](#) bzw. in der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten am 23.02.2021 im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

Veränderungsanträge der Verwaltung

Nr. 23, 25, 37, 39 und 40

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Veränderungsanträge der Politik

P33 – Antrag der CDU-Fraktion – Kommunalen Ordnungsdienst in Haan etablieren

Stv. Schmelcher erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

StOVR'in Abel führt bezüglich der Personalkosten aus, dass die Besoldung der beantragten Stellen nach EG 8 TVÖD erfolge. Dadurch wären mit ca. 51.000,- Euro zusätzlicher Personalkosten pro Kalenderjahr und ca. 21.000,- Euro für die letzten 5 Monate in diesem Jahr zu rechnen, sofern dem Antrag gefolgt werde.

StVD Rennert ergänzt, dass die Personen dann auch kommunalen Ordnungsdienst und nicht nur Verkehrsüberwachung erbringen sollen. Hierdurch sei eine speziellere Ausbildung notwendig. Auch würden hierfür mindestens drei Personen benötigt, um mögliche Urlaubs- und Krankheitsausfälle kompensieren zu können. Generell weise er aber auch auf die Arbeitsplatzproblematik im Rathaus hin. Es gäbe derzeit keine freien Arbeitsplätze im Rathaus, denn auch wenn die Personen hauptsächlich im Außendienst tätig seien, so benötigten sie dennoch einen Arbeitsplatz, an dem sie bspw. Berichte schreiben könnten.

Stv. Lukat verweist auf die Vorlage [32-2/002/20214/3](#) aus dem Jahr 2014. Hier wurde für den Einstieg in den kommunalen Ordnungsdienst ein Personalansatz von sogar 4,0 Stellen angegeben. Der Ansatz der CDU-Fraktion von zwei 0,5 Stellen sei demnach viel zu wenig. Weiterhin stimmt sie dem StVD Rennert zu, dass für die Mitarbeiter*innen ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden müsse. Sie bittet die CDU-Fraktion daher den Antrag zurückzuziehen.

AM Elker führt aus, dass er in seiner aktiven Dienstzeit persönlich am Aufbau eines kommunalen Ordnungsdienstes in Mettmann beteiligt gewesen sei. Als Fazit sei festzuhalten, dass dies vor allem in Bezug auf wilde Müllentsorgung z.B. im Wald, verschwendete Ressourcen seien, da die Täter*innen meist nicht zu ermitteln seien. Ein kommunaler Ordnungsdienst sei vor allem am Wochenende und in den Abendstunden wichtig, dies sei jedoch mit dem beantragten Personalansatz nicht zu realisieren.

Stv. Stracke frage sich, weshalb man dem Antrag zustimmen solle, wenn doch die Verwaltung bereits erläutert hat, dass für die Mitarbeiter*innen kein Platz vorhanden sei. Er plädiert dafür mit dieser Thematik zu warten, bis das neue Rathaus errichtet sei und sich die Raumsituation der Verwaltung verbessert habe. Auch er bittet die CDU-Fraktion den Antrag zurückzuziehen, ansonsten müsse man diesen ablehnen.

Stv. Schmelcher zieht daraufhin den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Antrag der WLH-Fraktion vom 14.02.2021 – Baumaßnahmen im Rahmen von öffentlicher Videoüberwachung zur Kriminalprävention

Stv. Lukat erläutert den Antrag und berichtet, dass in einer Sitzung eines Unterausschusses des Jugendhilfeausschusses bereits ein Mitarbeiter der Firma Bosch gewesen sei, welcher dort berichtet habe, dass im Park Vill d'Eu Leerrohre für eine Videoüberwachung des dortigen Pavillons verlegt werden sollen. Sie frage sich, welche Kosten hierfür anfielen, da doch eine Videoüberwachung eigentlich nicht möglich sei. Aus datenschutzrechtlichen Gründen dürfe hier nicht einmal ein Live-Bild ohne Aufzeichnung gesendet werden. Sie schlägt vor, eine Stellungnahme des Landesdatenschutzbeauftragten einzuholen.

AM Elker führt hierzu ergänzend aus, dass zur Installation und Betrieb einer öffentlichen Videoüberwachung ein sog. Kriminalitätsschwerpunkt vorliegen müsse. Von diesen gäbe es zwar ein paar im Land Nordrhein-Westfalen, jedoch seien dies Orte an denen verstärkt Verbrechen delikte begangen würden, wie z.B. Drogenhandel, etc. Ihm sei jedoch nicht bekannt, dass es in Haan einen solchen Kriminalitätsschwerpunkt gäbe, daher sei der Betrieb einer öffentlichen Videoüberwachung in Haan nicht möglich. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Installation von Videokamera-Attrappen im öffentlichen Bereich rechtlich nicht erlaubt sei.

StVD Rennert stimmt zu, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine öffentliche Videoüberwachung nicht vorlägen. Er erläutert, dass es früher mal eine Kamera gegeben habe, welche ohne Aufzeichnung zur Zentrale der Feuerwache geleitet wurde. Diese sei aber bereits seit Jahren nicht mehr aktiv. Angedacht war es, dass zum Schutz des Eigentums der Stadt Haan in Form des Pavillons dort irgendwann eine Videoüberwachung möglich werden könnte. Da der Park Ville d'Eu derzeit neugestaltet werde, sollte die Chance genutzt werden, um dort bereits Leerrohre zu verlegen um zukünftig, sofern es dann rechtlich möglich sein sollte, ohne viel Aufwand Kabel für eine Videoüberwachung zu verlegen.

Stv. Lukat entgegnet, dass derzeit eine Videoüberwachung nicht möglich und auch nicht damit zu rechnen sei, dass es in Zukunft möglich sei. Deshalb würden auch keine Leerrohre dort benötigt.

Stv. Schmelcher weist darauf hin, dass die Leerrohre nicht zwingend für eine Videoüberwachung genutzt werden müssten. Auch für andere Dinge, welche aus rechtlicher Sicht unbedenklich seien, könnten die Rohre genutzt werden.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Ausschusses einen TOP „Videoüberwachung“ auf die Tagesordnung aufzunehmen und den Landesdatenschutzbeauftragten hierzu einzuladen.

P12 – Antrag der CDU – Corona-Hilfe bis 31.12.2021,
P16 – Antrag der SPD – Corona-Hilfe bis 31.12.2022 &
P29 – Antrag der WLH-Fraktion – 2 Stunden kostenfrei Parken

StOVR'in Abel erläutert zu den o.g. Anträgen, dass diese dem heutigen Ausschuss lediglich zur Kenntnis gereicht werden, da hier jeweils ein Produktsachkonto, welches unter die Zuständigkeit des FOA fiele, berührt werde.

Im Anschluss an die Beratung der einzelnen Veränderungsanträge, lässt der **Vorsitzende Stv. Kaimer** über den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Feuer- und Ordnungsangelegenheiten des Haushaltsplanentwurfes für das Haushaltsjahr 2021 abstimmen.

Ausgenommen hiervon ist das Produkt 011100, die hierzu Beratungsbedarf seitens der WLH-Fraktion angemeldet wurde (siehe TOP 9)

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes - wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2021 ausgewiesen - dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen